



Mainz, 1. Dezember 2017

Liebe Infobrief-Abonnenten,

wie Sie verfolgen konnten, kamen gestern auf Einladung des Bundespräsidenten die **Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD im Schloss Bellevue** zusammen.

Wir Christdemokraten sind bereit in Gespräche zu gehen zur Bildung einer stabilen Regierung. Auch bei der SPD gibt es Leute, die diese Meinung vertreten. Die Gespräche könnten dann in die Sondierungs- und möglicherweise in die Koalitionsphase münden. Vor allem die SPD hat hier Überzeugungsarbeit für ihre Kehrtwende zu leisten auf ihrem anstehenden Bundesparteitag.

Ich höre immer wieder den **Vorschlag, einfach eine Minderheitsregierung einzugehen**, die gäbe es doch auch in anderen Ländern. Ja, die gibt es auch in anderen Ländern wie Portugal oder Skandinavien, aber unter ganz anderen Bedingungen. Denn dort unterstützen ganz linke Lager eine linke Minderheitsregierung oder ganz rechte Lager eine rechte Minderheitsregierung. Die Lage in Deutschland ist jedoch anders - **für Mehrheiten ist ein lagerübergreifendes Kooperieren notwendig**. In einer Koalition gäbe es zumindest klare Zusagen und eine Verlässlichkeit über eine gewisse Zeit. Bei einer Minderheitsregierung sind die immer wiederkehrenden „Kosten“ für die Zustimmung zur einem Regierungsgesetz um ein Vielfaches höher als bei dem Aushandeln eines Koalitionsvertrages, der auf gegenseitigen Kompromissen beruht. Aber warum sollten Oppositionsparteien Kompromisse eingehen mit einer Minderheitsregierung, die nicht ihrem Lager angehört? Also, warum sollten SPD, Grüne Linke einer schwarz-gelben Minderheitsregierung die Zustimmung zu einer konsequenten Sicherheits- oder Integrationspolitik geben? Und entsprechend hoch sind die „Preise“ der Länderkammer, im Bundesrat, damit sie einer Minderheitsregierung zustimmen.

Eine **Minderheitsregierung ist nicht verlässlich handlungsfähig**, es geht im Bundestag dann zu wie auf dem Basar, immer wieder von neuem, die Prozesse werden viel länger dauern - und diese Unübersichtlichkeit wird noch angereichert durch den Bundesrat und dessen Wünsche und Forderungen.

Kurzum: **Deutschland ist ein Stabilitätsanker in Europa.** Kaum vorstellbar, dass eine Regierungschefin noch ernst genommen wird, wenn sie keine verlässlichen Zusagen auf europäischer Ebene machen kann, weil sie sich nie einer Parlamentsmehrheit sicher sein kann. Deutschland ist zu wichtig als dass wir unser Land zum Experimentierlabor machen.

Meine Sicht der Dinge habe ich diese Woche auch in mehreren journalistischen Formaten deutlich gemacht. Wenn Sie mögen schauen Sie doch mal rein bei [Moma](#), dem Morgenmagazin im Ersten, in die Aufzeichnung meiner Sprechstunde auf [Facebook](#) oder lesen Sie das [Interview](#), das die AZ mit mir in dieser Woche geführt hat.

Kinderklinik fehlt Einsatzfahrzeuge mit Sonderrechten für Notfälle

Eine **nachhaltige und flächendeckende ärztliche Versorgung im ländlichen Raum** halten wir als CDU in Rheinland-Pfalz für unverzichtbar. Hier braucht es konkrete Fördermaßnahmen, um den ländlichen Raum für Ärzte attraktiv zu machen, aber auch die Ausstattung der Rettungsdienste auf dem Land, darf denen in der Stadt in nichts nachstehen. Einmal mehr wurde mir der Notstand in der ärztlichen Versorgung deutlich, als Dr. Edmondo N.L. Hammond, Oberarzt für die Früh-, Neugeborenen- und Kinderintensivstation der kreuznacher diakonie auf mich zukam, da ich Mitglied im Beirat der Ossig-Stiftung bin, die das Krankenhaus unterstützt. Durch ihn erfuhr ich, dass die **Kinderklinik derzeit nicht über ein Einsatzfahrzeug mit Sonderrechten für medizinische Notfälle verfügt.** Dies hat zur Folge, dass bei jedem Notfalleinsatz ein separater Rettungswagen angefordert werden muss, um zur Einsatzstelle zu gelangen und die Patienten zu versorgen.

Dr. Hammond verfolgt seit mehreren Jahren mit Nachdruck das Ziel, eine Genehmigung für ein Blaulicht mit Sonderrechten als Dienstfahrzeug der Kreuznacher Diakonie zu erhalten. Allerdings hatte ein entsprechender **Antrag an das Landesamt Mobilität aus dem Jahre 2014** keinen Erfolg, da die Genehmigung von Einsatzfahrzeugen in Rheinland-Pfalz nur privatfahrzeuggebunden oder über Hilfsorganisationen erfolgen könne, als welche die Kreuznacher Diakonie jedoch nicht eingestuft wird. Eine weitere Möglichkeit wäre die Kooperation mit einer Rettungsdienstgesellschaft, die jedoch erhebliche finanzielle und praktische Probleme im täglichen Betrieb mit sich bringt und daher für die Klinik ebenfalls nicht in Frage kommt.

Gerne bin ich in dieser Sache tätig geworden und habe den **Innenminister angeschrieben, ihn um Unterstützung gebeten.** Denn in der Tat ist es in Anbetracht des Aufgabenprofils der Kinderklinik auch aus meiner Sicht sehr unbefriedigend, dass die Einrichtung bisher nicht über ein eigenes Einsatzfahrzeug verfügt. Zumal es sich um die **einzige Abteilung für Neugeborene in der Region** handelt, die damit aufgrund ihrer Spezialisierung und Fachexpertise auch Notfallpatienten aus den Kliniken in Simmern, Bingen, Kirchheimbolanden, Zell und Idar-Oberstein betreut. Und die Arbeit der Fachärzte wird abseits der langen Anfahrtswegen eben zudem durch die Tatsache erschwert, dass bei jedem

Notfall zunächst ein separates Einsatzfahrzeug angefordert werden muss, wodurch es regelmäßig zu **zeitlichen Verzögerungen von bis zu 20 Minuten kommt**. Diese Minuten können in medizinischen Notfällen über Leben und Tod entscheiden. Der Notstand in der Kinderklinik ist gar so groß, dass Notärzte bereits mit ihrem Privatfahrzeug und unter verantwortungsvoller Missachtung der Verkehrsregeln zu Unfallorten gefahren sind, um zu helfen und Menschenleben zu retten.

Durch ein Blaulicht mit Sonderrechten also, das als Dienstfahrzeug der Kreuznacher Diakonie registriert wäre, könnte im Notfall viel Zeit auch durch den Wegfall des Einladens notwendiger Ausrüstung und der Anforderung separater Einsatzfahrzeuge eingespart werden. Die Sonderrechte würden ausschließlich zum Zwecke des Transports des medizinischen Personals sowie lebensnotwendiger Medikamente in Anspruch genommen werden. Zudem hat sich Dr. Hammond in monatelangen, intensiven Vorgesprächen vergewissert, dass sein Projekt auch in finanzieller Hinsicht durchführbar ist.

In dem **Antwortschreiben des Innenministers** heißt es dazu nun, dass die beste Lösung die Einrichtung eines neuen Einsatzfahrzeuges sei; doch dafür wird auf die Zuständigkeit der örtlichen Rettungsdienstbehörde in der Kreisverwaltung verwiesen. Als einsatztaktisches Problem sehe man, dass die Rückführung des Notarztfahrzeuges nicht geklärt sei. Ich hoffe sehr, dass der Minister seine Zusage schnellstmöglich einhält, eine Lösung im Sinne der bestmöglichen Versorgung zu gewährleisten. Nach seinen Worten werden sich die Mitarbeiter der zuständigen Fachabteilung mit der örtlich zuständigen Rettungsdienstbehörde abstimmen. Ich bleibe am Thema dran im Sinne all derer, die auf schnelle Hilfe angewiesen sind.

Kleine Grundschulen

Nicht nur eine gute gesundheitliche Versorgung, sondern auch **wohnrnahe Schulen sind zentral**, um den ländlichen Raum zu stärken und lebenswert zu halten. Für viele Menschen, vor allem die unmittelbar Betroffenen, war die Entscheidung der Landesregierung gestern deshalb ein Schlag ins Gesicht. Entschieden wurde, dass neben der bereits geschlossenen Grundschule Klotten **neun weitere kleine Grundschulen in Rheinland-Pfalz geschlossen** werden – eine Bankrotterklärung für zukunftsfähige Bildungspolitik. Es ist nicht verständlich, warum **gute Strukturen bewusst zerschlagen** werden. Die Folgen für die Infrastruktur in den betroffenen Orten werden dramatisch sein, sind die Schulen doch meist das Zentrum der Ortsgemeinschaft. Für junge Familien wird der ländliche Raum dadurch unattraktiver. Und auch aus fachlicher Sicht ist die **Entscheidung der Landesregierung nicht nachvollziehbar**. Die betroffenen Schulen leisten hervorragende pädagogische Arbeit. Daher stellt sich automatisch die Frage der Willkür.

Dazu kommt: auch kleine Schulen, die sich nicht auf der aktuellen Liste befinden, können nicht dauerhaft ihre Zukunft planen. Denn die Landesregierung hat im Bildungsausschuss des Landtags deutlich gemacht, dass die Leitlinien mit den Standards für Schulschließungen auch weiterhin gelten. Das heißt nichts anderes, als dass weitere kleine Schulen in Gefahr sein könnten – eine belastende **Unsicherheit für Eltern und Schulträger**, die wohl auch

Auswirkungen auf künftige Elternentscheidungen hinsichtlich der Schulauswahl für ihre Kinder haben wird.

TV-Tipp: SWR-Landesart

In der nächsten Landesart-Sendung wird es um das **Thema „Frauenrechte“** gehen. Ich wurde gefragt, wie ich zu der aktuellen #metoo-Debatte, Frauen in Führungspositionen und Frauenrechten von Migrantinnen sowie dem Umgang mit dem Frauenbild muslimischer Männer stehe. Wenn Sie interessiert sind, dann schalten Sie am Samstag, 2. Dezember, um 18.15 Uhr das SWR Fernsehen RP ein.

Termine

Zusatzkonzert DonnaWetter und mannOmann im Kurhaus Bad Kreuznach

Wegen des großen Zuspruches und Andrangs für das erste gemeinsame Konzert der Chöre DonnaWetter und mannOmann, waren die Karten dafür in kürzester Zeit ausverkauft. So haben sich beide Chöre für ein Zusatzkonzert entschieden. Dadurch haben noch mehr Menschen die Möglichkeit, ein gemeinsames Konzert der beiden Gruppen zu hören. Das Benefizkonzert findet am **22. Dezember 2017 ab 20 Uhr** (Einlass: 19 Uhr) im Kurhaus in Bad Kreuznach statt. Karten gibt es im Büro beim Förderverein Lützelsoon und der Soonwaldstiftung unter 06752/913850, sowie beim Wochenspiegel in Bad Kreuznach. Weitere Information finden Sie auf dem Plakat im Anhang.

Herzliche Grüße und ein gutes Wochenende!

Ihre Julia Klöckner

Wenn Sie diesen Infobrief in Zukunft nicht mehr unaufgefordert erhalten wollen, geben Sie mir bitte einfach per E-Mail Bescheid. Für den Fall, dass Sie die anhängenden Dateien nicht öffnen können, schicken Sie mir bitte eine kurze Nachricht, und ich werde Ihnen den Text in anderer Form erneut zukommen lassen.

Weitere Informationen, speziell zur Politik der Union in Rheinland-Pfalz, finden Sie auf den Internet-Seiten des Landesverbands der CDU in Rheinland-Pfalz unter www.cdurlp.de. Dort können Sie sich auch für den Newsletter der CDU Rheinland-Pfalz anmelden.

Julia Klöckner, MdL – Freiherr-vom-Stein-Straße 16 – 55543 Bad Kreuznach - Tel: 06 71/92 06 50 92 - www.julia-kloeckner.de
